



monitor



Demonstration in Berlin anlässlich des 5. Jahrestages der Selbstenttarnung des NSU. Foto: Kilian Behrens / apabiz

Aufklärung? Weit davon entfernt!

Die Beweisaufnahme des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Bundestags geht dem Ende entgegen

Am 12. November wurde im Plenum des Deutschen Bundestags über den Stand der Umsetzungen der Empfehlungen des ersten NSU-Untersuchungsausschusses (2012-2013) debattiert. Anwesend waren nicht einmal zehn Prozent der Abgeordneten. Lang vorbei scheinen die Zeiten, in denen die Forderung nach Aufklärung noch von höchster Stelle, der Kanzlerin persönlich, gestellt wurde. Dabei bleiben zentrale Fragen um die rechtsterroristischen Verbrechen weiter unbeantwortet.


Seit einem Jahr tagt der zweite Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zum NSU. Konnte sich sein Vorgänger-Ausschuss noch der ungeteilten Aufmerksamkeit in Sachen Aufklärung gewiss sein, liegt der öffentliche Fokus derzeit auf dem Verfahren gegen BEATE ZSCHÄPE und vier mutmaßliche Unterstützer vor dem Oberlandesgericht München. Allzu häufig bleibt die Besuchtribüne im Berliner Sitzungssaal leer. Seit sich der Gerichtsprozess erheblich verlangsamt hat und Anträge der Nebenklage zu möglichen UnterstützerInnen und V-Leuten im Umfeld des NSU beinahe en bloc abgelehnt werden, zeigt sich, warum auch dieser Tage eine genaue Beobachtung der PUA in Bund und Ländern geboten ist. Hier bestünde zumindest theoretisch die Möglichkeit, den offenen Fragen jenseits einer viel zu eng gefassten Anklageschrift nachzugehen.

Rückblick und aktueller Stand im PUA des Bundestages

Lang hat es bis zur Konstituierung gedauert. Fast zweieinhalb Jahre wurden verschwendet, bevor die Einsetzung Ende 2015 dann doch beschlossen wurde. Der zeitliche Rahmen war von Beginn an eingeschränkt. Umso unverständlicher, dass viele der Befragungen Wiederholungen gewesen sind. Einige der geladenen Zeug_innen hatten entweder schon vor einem der PUA der Länder oder im Prozess in München ausgesagt.

In den ersten Sitzungen im Frühjahr 2016 ging es zunächst um das Inbrandsetzen der Zwickauer Wohnung des NSU-Kerntrios und den Tod von MUNDLOS und BÖHNHARDT in einem Wohnmobil in Eisenach. Um beide Ereignisse ranken sich verschiedene Verschwörungstheorien, die der PUA

Inhalt

- 1 Aufklärung? Weit davon entfernt!
Die Beweisaufnahme des 2. parlamentarischen Untersuchungsausschusses geht dem Ende entgegen
- 4 25 Jahre apabiz 
- 6 Täterin sein und Opfer werden?
Rezension
- 7 Kurzmeldungen
- 7 Archiv en detail
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v.
(apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr
und nach absprache

☎ 030.6116249

✉ mail@apabiz.de

🌐 www.apabiz.de

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bic: BFSWDE33BER
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich,
aber fördermitglieder bekommen
ihn zugeschickt. mehr infos dazu
gibt es auf der rückseite.

monitor - rundbrief des apabiz e.v. |
v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c. schulze,
lausitzer str. 10, 10999 berlin | dank an
unsere fördermitglieder, die mit ihrem
beitrag die finanzierung unterstützen |
erscheinungsweise: 4-5 mal jährlich
fotos: alle rechte liegen bei den
fotograf_innen

entkräften wollte. Neue Erkenntnisse gab es nicht, vielmehr wurden die bisherigen Untersuchungsergebnisse bestätigt. Dem Komplex Eisenach widmete der Thüringer PUA insgesamt anderthalb Jahre detaillierter Beweisaufnahme. Eine arbeitsteilige Koordinierung hätte im Bund dazu führen können, mehr Zeit für weniger gut erschlossene Bereiche der Aufklärung zur Verfügung zu haben.

Causa Verfassungsschutz

Im Sommer war dann die Causa RALF MARSCHNER Thema. Durch journalistische Recherchen war bekannt geworden, dass Marschner alias V-Mann »Primus« in seiner Zwickauer Abrissfirma möglicherweise Uwe Mundlos beschäftigt haben soll. Diese Vermutung wurde in der Vernehmung eines Bauleiters, der beruflich mit Marschner zu tun hatte, bestärkt. Der Verdacht, dass auch Beate Zschäpe für Marschner gearbeitet haben könnte, blieb unbestätigt. Einige Aussagen lassen dies zumindest möglich erscheinen. Im PUA waren verschiedene Personen aus dem Zwickauer Umfeld Marschners geladen. Es zeigte sich zum wiederholten Mal, wie das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gewalttätige Neonazis als Spitzel anwarb, diese über Jahre auf der Gehaltsliste führte und weitgehend unkritisch mit den hier gewonnenen Informationen umging. Marschner selbst hat unterdessen wenig zu befürchten, da er im Ausland lebt und sich so weiteren Nachfragen und Ermittlungen entziehen konnte. Noch im Jahr 2011 schrieb er auf Facebook: »Heil NSU«.

Auch der V-Mann THOMAS RICHTER alias »Corelli« beschäftigte den Ausschuss erneut. Zuvor waren beim Aufräumen eines Panzerschranks im BfV unbekannte Diensthandys und Sim-Karten des ehemaligen Top-Spitzels aufgetaucht. Wesentliche neue Erkenntnisse zu Richter, der bereits im Jahr 2005 seinem V-Mann-Führer eine CD mit der Aufschrift »NSU/NSDAP« übergeben hatte und selbst mit Telefonnummer und Adresse auf einer Kontaktliste des NSU-Kerntrios vermerkt war, förderte der Ausschuss nicht zu Tage. Die Beantwortung der

Frage nach dem Wissen der Geheimdienste zum NSU scheitert im aktuellen PUA erneut an der Blockadehaltung der Behörden. Gleichzeitig setzt der Ausschuss bei Weitem nicht alles daran, dem effektiv zu begegnen. Die V-Mann-Führer von »Primus« und »Corelli« hätten öffentlich befragt werden müssen. Diese Chance, dem Versprechen nach lückenloser Aufklärung nachzukommen, wurde erneut vertan.

Inhaltlich brisant war die Befragung des BfV-Mitarbeiters mit Tarnnamen LOTHAR LINGEN. Dieser ließ wenige Tage nach Selbstenttarnung des NSU Akten des Verfassungsschutzes zu verschiedenen in Thüringen eingesetzten V-Leuten schreddern. Die Gründe für das Vorgehen blieben lange ungeklärt. Erst durch das öffentlich gewordene Zitat einer bislang unbekanntenen Aussage Lingens aus dem August 2015 gegenüber dem Bundeskriminalamt wurden Hintergründe bekannt. Lingen hatte damals ausgesagt: »Und da habe ich mir gedacht, wenn [...] die Anzahl unserer Quellen im Bereich THS [Thüringer Heimatschutz, Anm. d. Redaktion] und in Thüringen nicht bekannt wird, dass dann die Frage, warum das BfV von nichts gewusst hat, vielleicht gar nicht auftaucht.« Erst nach Protesten und öffentlichem Druck ermittelt nun die Kölner Staatsanwaltschaft gegen Lingen, allerdings nicht aufgrund dieser Vernichtung von Akten, sondern wegen einer zweiten Schredderaktion wenige Tage später.

Immer wieder Ausschluss der Öffentlichkeit

Kritikwürdig ist, wie oft und relativ leicht die Öffentlichkeit während der Sitzungen ausgeschlossen wird. Bei bestimmten Fragen, hauptsächlich wenn es die Geheimdienste betrifft, muss die interessierte Öffentlichkeit den Saal verlassen. Damit stehen Quellenschutz und Dienstgeheimnisse weiter über einer lückenlosen, transparenten Aufklärung. Teilweise wurde die Öffentlichkeit auch ausgeschlossen, weil geladene Zeug_innen schlicht darum baten. Die inhaltliche Vorbereitung

wird zusätzlich durch die nur sehr kurzfristig erscheinenden Ankündigungen erschwert. Im Gegensatz zu den PUA in den Ländern arbeitet der Bundestagsuntersuchungsausschuss verschiedenste Themenbereiche im Eiltempo ab.

Etlliche Leerstellen

Ein wesentliches Thema ist nach wie vor kaum Gegenstand der Betrachtungen: die internationalen Kontakte des NSU, insbesondere zu BLOOD&HONOUR-Strukturen. Diesem bislang unterrepräsentierten Thema möchten die Abgeordneten zwar nachgehen, die Zeit hierfür dürfte aber für eine mehr als oberflächliche Betrachtung kaum reichen. Nur am Rande thematisiert wurde die Rolle des KU KLUX KLAN. Auch der Frage nach dem Zusammenspiel zwischen Organisierter Kriminalität und Neonazismus wurde bislang nicht ausreichend nachgegangen.

Eine weitere Leerstelle bleibt das Einbeziehen der Opferperspektiven. Abgesehen von der ersten Sitzung im Dezember 2015, als die Ombudsfrau der Angehörigen der NSU-Opfer, Barbara John, angehört wurde, finden diese keinen Eingang in die parlamentarische Aufarbeitung. Dabei wären die Perspektiven der Betroffenen zentral, um deutlich zu machen, welche Auswirkungen der Neonaziterror auf der einen und die rassistischen Ermittlungen auf der anderen Seite auf die Opfer und Angehörigen hatten. Befürchtungen, dass die Taten mit rassistischen Motiven im Zusammenhang stehen, sind bei den Betroffenen lange vor 2011 präsent gewesen.

Auch die Existenz von institutionellem Rassismus wird weiterhin in Frage gestellt. So kann der Dortmunder Staatsanwalt Heiko Artkämper auch heute problemlos vor dem PUA zu Protokoll geben, dass das Motiv der Blutrache »im deutschen Moralssystem« nicht vorkomme und so die rassistisch-kriminalisierenden Ermittlungspraxen im Opferumfeld legitimieren. Armin Schuster (CDU) ging unterdessen sogar soweit, den Ausschussmitgliedern der Fraktionen von Grünen und Linken vorzuwerfen, mit diesem »schlimmen Vorwurf«



ihre politische Gesinnung vor Verantwortung zu stellen.

Falsche Analysen - unzureichende Konsequenzen

Neben der inhaltlichen Aufklärung erarbeitet der PUA Handlungsempfehlungen für den Bundestag. Das Bekanntwerden des rechten Terrornetzwerkes und das damit deutlich gewordene Kompletterversagen deutscher Ermittlungsbehörden hatte, nicht zuletzt aufgrund der Forderungen des ersten PUA, Änderungen der sogenannten Sicherheitsarchitektur zur Folge. Das noch 2011 gegründete *Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus* (GAR) ging mittlerweile im *Gemeinsamen Extremismus- und Abwehrzentrum* (GETZ) auf. Hier soll die angemahnte bessere Kommunikation zwischen Geheimdiensten und Polizeibehörden stattfinden. Federführend sind BfV und BKA. Dabei ging ausgerechnet die Behörde, der auch nach Auffassung der Parlamentarier_innen die Hauptverantwortung für das Nicht-Erkennen des Rechtsterrorismus zukommt, durch Zuwachs an Budget und Befugnissen gestärkt aus dem Skandal hervor: das Bundesamt für Verfassungsschutz. Juristische Konsequenzen auf personeller Ebene gab es bis zum heutigen Tage keine. Das V-Leute-System wird den NSU-Skandal mehr oder weniger unbeschadet überstehen. Dass Geheimdienste nicht demokratisch kontrollierbar sind, dürfte jedoch allen klar sein, die einen der PUA mitverfolgt haben. Auch fünf Jahre nach Bekanntwerden des NSU wird gemauert, wo es nur geht. Immer wieder mussten die Ämter zähneknirsch eingestehen, dass offenbar doch nicht alle relevanten Informationen an die Ausschüsse übersandt wurden.

Das Nicht-Erkennen von institutionellem Rassismus in den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden führte dazu, dass in den Empfehlungen neben Fragen der behördenübergreifenden Zusammenarbeit zwar Schulungsbedarf in Sachen »Fehlerkultur« und »interkultureller Kompetenz« Erwähnung finden, Rassismus jedoch weiter als Fehlverhalten Ein-



zelner bagatellisiert wird. Die strukturellen Benachteiligungen und Stigmatisierungen der Opferangehörigen sprechen eine andere Sprache. Beide Forderungen dürften fromme Wünsche der Bundesregierung bleiben. Ob Personen, die seit Jahren im Dienst und in ihren rassistischen Vorurteilen gefestigt sind aufgrund entsprechender Schulungen von diesen abweichen, darf bezweifelt werden. Auch dass einzelne Beamte es tatsächlich wagen, Fehler innerhalb des eigenen Kollegiums anzuzeigen und damit Gefahr laufen, als Nestbeschmutzer_innen zu gelten, bleibt unwahrscheinlich. Welch eklatanten Wissenslücken auch heute zum Teil noch bei Ermittler_innen bestehen, zeigte unlängst ein ehemaliges Mitglied der »BAO-Trio« bei einer Befragung im Dezember 2016. In den *TURNER-TAGEBÜCHERN* sähe er keine Blaupause für die rechtsterroristischen Verbrechen, weil es da um Morde an »schwarzen Menschen« ginge und der NSU ja »arabisch-stämmige« Menschen ermordet hätte.

Jede Menge offene Fragen

Ein PUA ist genau wie ein Gerichtsprozess ein oftmals hoch bürokratischer Akt, der sich an Detailfragen abarbeitet. Darüber dürfen jedoch nicht die großen Zusammenhänge und offenen Fragen vergessen werden. Bis heute unbeantwortet ist die Frage der Opferausswahl. Die Forderung der Angehörigen nach Erklärungen, warum gerade ihre

Väter, Söhne oder Töchter sterben mussten, gilt nach wie vor. Auch die Frage nach der Rolle der Verfassungsschutzbehörden und dem tatsächlichen Ausmaß der Verstrickung in den rechten Terror ist noch lange nicht abschließend geklärt. Das Unterstützungsnetz des NSU ist bis heute nur ansatzweise aufgedeckt. Gerade an den Tatorten liegt die Vermutung nahe, dass der NSU hier auf Hilfe zählen konnte. Selbst der Ausschussvorsitzende Clemens Binninger (CDU) widerspricht der Lesart der Bundesanwaltschaft vom NSU als Trio mittlerweile offen.

Das kommende Jahr wird einen wichtigen Punkt in der weiteren Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NSU markieren. Das Ende des Gerichtsprozesses in München sowie der PUA im Bund, in Hessen und NRW ist längst absehbar. Damit wird der überwiegende Teil staatlicher Aufklärungsversuche zum Erliegen kommen. Eine kritische Öffentlichkeit, die sich nicht mit der Erzählung einer isolierten Drei-Personen-Zelle abspeisen lassen will, muss nun über neue Wege nachdenken, den Druck weiter aufrecht zu erhalten. Den behördlichen Rassismus endlich ernsthaft zu thematisieren, muss auch weiterhin eine zentrale Forderung bleiben. Im Abschlussbericht des Bundestagsuntersuchungsausschuss wird er mit aller Wahrscheinlichkeit ein weiteres Mal nicht auftauchen.

Paula Tell und Kilian Behrens

Viele offene Fragen. Kundgebung in Berlin anlässlich des Beginns des NSU-Prozesses 2013. Foto: apabiz

weitere Informationen: nsu-watch.info/ bundestag



25 Jahre apabiz

Ein Vierteljahrhundert sammeln, recherchieren, dokumentieren und vermitteln

Die ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD) ist mit dem Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus nun mittlerweile in zehn Landesparlamenten vertreten. Fast täglich gibt es Übergriffe auf Geflüchtete oder ihre Unterkünfte. Der Prozess gegen fünf Angeklagte im Zusammenhang mit der Mord- und Verbrechenstserie des NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUND (NSU) in München tagt bereits seit über 300 Prozesstagen, und auch mit dem nahenden Ende werden die Zusammenhänge nur ansatzweise aufgeklärt sein. Die Arbeit des apabiz wird nicht weniger... im Gegenteil.

Neonazistische Gruppierungen in Berlin und Brandenburg sowie das internationale Netzwerk von BLOOD & HONOUR waren in den ersten Jahren oft der Schwerpunkt unserer ehrenamtlichen Arbeit. Auch wenn die meisten Mitarbeiter_innen eher den Fokus auf die verschiedensten Strukturen des militanten Neonazismus gerichtet haben, waren z.B. auch die rechtskonservativen Publikationen oder die Vertriebenenverbände Gegenstand der Recherche und Analyse. Diese inhaltlich breite Aufstellung spiegelte sich u.a. in der Mitarbeit am Handbuch *Deutscher Rechtsextremismus* (1996) wider.

Ein großer Schritt für das seinerzeit rein ehrenamtlich arbeitende Projekt war der Umzug im Jahr 2001 von den wenigen lichtarmen Quadratmetern im Erdgeschoss der Kreuzberger Falckensteinstraße in die großzügigen Räumlichkeiten der Fabriketage in der Lausitzerstraße. Nicht nur die Arbeitsatmosphäre für die Mitarbeiter_innen verbesserte sich deutlich,

auch so manche Umzugskiste konnte endlich ausgepackt und deren Inhalt in unseren Bestand integriert und damit auch den Nutzer_innen zugänglich gemacht werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt war der Beginn der landespolitischen Förderung unserer berlinbezogenen Arbeit durch das *Berliner Landesprogramm gegen Rechts-Extremismus, Rassismus und Antisemitismus* vor mehr als zehn Jahren. Diese bis heute andauernde Finanzierung ermöglicht die Entlohnung zumindest eines Teils unserer Arbeit fernab von Archiv und Bibliothek.

Sammeln und überliefern

Im Laufe der Jahre konnte das *apabiz* immer wieder eine Reihe von neuen Sammlungen bei sich aufnehmen. Sei es beispielsweise der Nachlass der Überlebenden des KZ Ravensbrück, Barbara Reimann, das Foto- und Redaktionsarchiv der *Deutschen Volkszeitung (DVZ) / die tat* oder die Bestände zum Thema Rechtsextremis-

mus von Politikwissenschaftsprofessor Richard Stöss vom *Otto-Stammer-Zentrum* der Freien Universität Berlin. Es sind aber nicht nur die großen Materialsammlungen oder Bestände, die ihren Weg zu uns finden, sondern v.a. die Kleinstbestände von Projekten, Gruppen oder Einzelpersonen, die zu Themen arbeiten oder gearbeitet haben, die für unser Arbeitsfeld relevant sind. Gerade aus diesen Sammlungen bergen wir oft so manchen Schatz. Leider ist immer wieder festzustellen, dass es bei politischen Akteuren und Projekten an einer Wertschätzung für eine notwendige Absicherung der politischen Arbeit und des eigenen Wissens durch Archive mangelt, oder kein Wille oder Bewusstsein dafür vorhanden ist.¹ Die eine oder andere einzigartige Sammlung ist deswegen wohl für immer verloren gegangen, bestenfalls ist sie für Interessierte nur vorübergehend nicht zugänglich.

¹ <https://www.apabiz.de/2016/bewegungen-bewahren/>



Antifaschistische Bildungsarbeit

Neben den reinen Archivtätigkeiten spielte schon immer auch die Bildungsarbeit eine wesentliche Rolle für das *apabiz*. Am Anfang war es der Wille, eigene Veranstaltungen durchzuführen oder sich als Referent_innen mit dem angehäuften Fachwissen anderen anzubieten. Wie das ganze Projekt *apabiz* ist auch unsere Bildungsarbeit im Vergleich moderner und professioneller aufgestellt. Auch das Interesse und die Wertschätzung an unserer Arbeit hat mit jeder Veranstaltung zugenommen. Unser Bildungsangebot spiegelt dabei die Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit des *apabiz* wieder. Aktuell wird unser Themenkatalog von Veranstaltungen zur AfD, rassistischen Mobilisierungen und Strukturen sowie dem NSU-Komplex dominiert. Auch wenn dieser Bereich gekennzeichnet ist von ständiger personeller Überlastung und notorischem Zeitmangel, so ist er nicht nur wegen seiner fast 100 Veranstaltungen jährlich – ein wichtiger Arbeitsbereich des *apabiz* und nicht mehr aus dem Gesamtprojekt wegzudenken. Neben der notwendigen Vermittlung unseres Wissens und unserer Analysen werden damit auch die Positionen des *apabiz* in der Öffentlichkeit repräsentiert, und nicht zuletzt sind die vielen Diskussionen mit Interessierten vor Ort natürlich auch für uns gewinnbringend.

Unersetzliche Netzwerkarbeit

Dass das *apabiz* weit über die sonst eher passive Rolle eines Archivs hinaus aktiv ist, funktioniert nur aufgrund unserer Einbindung in ein Netzwerk von deutschen und internationalen Zeitschriften, Archiven und Forschungszusammenhängen. Ohne dieses Netzwerk wäre das *apabiz* nicht denkbar – sei es bei der Entwicklung und Durchführung von Projekten oder bei Diskussionen und der Erstellung von Analysen. Beispielhaft war das

Thema rechter Lifestyle, das schließlich in der als Netzwerkprojekt von der AGENTUR FÜR SOZIALE PERSPEKTIVEN E.V. (ASP) herausgegebenen Broschüre »Das Versteckspiel - Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen« mündete. Diese bringt es mit den unterschiedlichen Ausgaben auf inzwischen über 100.000 Exemplare und Hunderte Bildungsveranstaltungen. Die langjährige Beschäftigung mit der weitreichenden und vielschichtigen Thematik Rechtsrock führte zu zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen sowie neuen Kooperationen. Aktuell ist es vor allem unser Projekt *NSU-Watch*,

Dankeschön

Natürlich sind 25 Jahre *apabiz* auch ein ordentlicher Grund zum Feiern. Deswegen gab es wie bereits vor fünf Jahren am 11. November einen Tag der offenen Tür (TdoT). Auch diesmal gab es zahlreiche Rundgänge durch unsere verwinkelten Räumlichkeiten, und neben dem üblichen Glas Sekt auch eine lockere Präsentation unserer Arbeit. Vielen Dank an diejenigen, die vorbeigekommen sind oder uns Grüße gesendet haben.

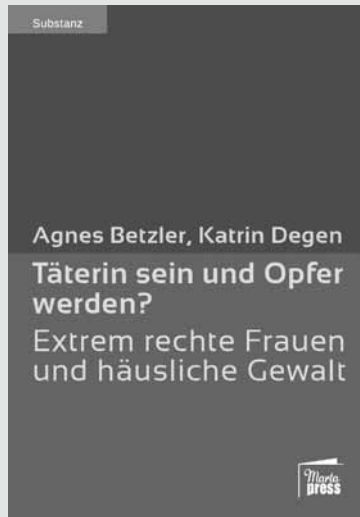
das mit Hilfe dieses Netzwerkes den NSU-Prozess und die verschiedenen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse beobachtet und dokumentiert und Recherchen und Analysen zum NSU-Komplex veröffentlicht.

Neue Herausforderungen und zu lösende Probleme

Mit der zunehmenden Etablierung des *apabiz* in der Berliner und bundesweiten Projektlandschaft haben sich auch die Nutzer_innen und Anforderungen an uns geändert. Waren es in den Anfangsjahren vor allem antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen, die das Archiv genutzt aber auch unterstützt haben, ist der Kreis der Nutzer_innen inzwischen viel breiter aufgestellt. Kurzfristige Anfragen von Journalist_innen sind inzwischen genauso Normalität geworden wie (Nachwuchs-) Wissenschaftler_innen, die sich über Tage zur intensiven Recherche in unseren Beständen im *apabiz* einquartieren. Die Entwicklung vom regionalen Antifa-Archiv zur bundesweit größten und umfangreichsten unab-

hängigen Sammlung mit freiem Zugang brachten nicht nur eine Veränderung der Außensicht auf das *apabiz* mit sich. Auch der tägliche Arbeitsaufwand für das eher überschaubare Team von Mitarbeiter_innen ist nicht zu unterschätzen. Eine wichtige Stütze bei dieser oft grenzenlosen Arbeit sind die ehrenamtlichen Kolleg_innen, die uns in der Vergangenheit und Gegenwart immer wieder unter die Arme gegriffen und entlastet haben.

Auch wenn sich einige von den »neuen« Nutzer_innen für eine Fördermitgliedschaft entschließen, sind es vor allem unsere alten Fördermitglieder, die uns teilweise seit Jahrzehnten unterstützen und das *apabiz* so wie es jetzt ist erst ermöglicht haben. Unsere Fördermitglieder sind eine Garantie, dass wir derzeit unabhängig von jeglicher Förderung durch das Berliner Landesprogramm zumindest unsere nicht ganz geringe Miete bezahlen können. Dennoch stoßen wir mit unserem Bestand langsam auch in unseren Räumlichkeiten an Grenzen. Hinzu kommt, dass eine langfristige Mietsituation mit einer für uns aufbringbaren Miete derzeit nicht gewährleistet ist. Auf einen Umzug aus unserer geliebten Fabriketage würden wir alleine schon deswegen gerne verzichten, weil dieses logistische Großprojekt uns nur von der eigentlichen Arbeit abhalten würde. Mit dem stetig wachsenden *apabiz* und seinen Seitenprojekten wie *Rechtes Land* und *NSU-Watch* ist auch in den letzten Jahren ein erheblicher organisatorischer, technischer und bürokratischer Mehraufwand entstanden. Wurde unsere Buchhaltung bisher weitestgehend ehrenamtlich abgewickelt, brauchen wir hier zukünftig personelle Unterstützung sowie dringend auch neue finanzielle Ressourcen. Auch über Ideen und eine wirkungsvolle Unterstützung im Bereich Fundraising freuen wir uns jederzeit. Auf weitere 25 Jahre!



Rezension

Täterin sein und Opfer werden?

Die Autorinnen führen zunächst über mehrere Kapitel zu der zentralen Fragestellung hin, indem sie den Forschungs- und Diskussionsstand zu Frauen in der extremen Rechten auf der einen und zu häuslicher Gewalt auf der anderen Seite zusammenfassen. Das ist für ein Fachpublikum streckenweise nichts Neues, aber notwendig, um sich von weit verbreiteten Vorurteilen und Kurzschlüssen abzuheben.

Die anschließenden selbst erhobenen repräsentativen Ergebnisse über die Anzahl der frauenspezifischen Zufluchtsstätten in der BRD, die Erfahrungen im Umgang mit extrem rechten Frauen haben, werden ausgeführt und analysiert. Aus dieser quantitativen Erhebung folgt eine qualitative Hauptstudie: Die Autorinnen führten Interviews mit Mitarbeiterinnen über ihre Erfahrungen mit extrem rechten Frauen in ihrer Institution, die sich durchaus spannend lesen und einen interessanten Einblick in kleine Ausschnitte aus dem Leben von extrem rechten Frauen bieten. Gleichzeitig sparen die Autorinnen nicht an Platz für die Erläuterung der Methodik ihrer Studie, wie es für eine akademische Abhandlung notwendig ist, um Nachprüfbarkeit und Vergleichbarkeit mit eventuell folgenden Erhebungen zu gewährleisten.

Aus den beschriebenen Fällen leiten Betzler und Degen eine Kategorisierung der extrem rechten Frauen in den Frauenhäusern ab, die verdeutlicht, dass es nicht die eine Art der rechten Frau und nicht die eine Art von Opfer gibt. »Rechte Frauen [sind] auch aktiv handelnde, eigenständige Trägerinnen einer Ideologie und nicht nur Opfer eines rechtsextremen Partners« (S. 235) – diese Erkenntnis der Ambivalenz und Gleichzeitigkeit klingt einfach, ist aber sowohl in der feministischen und/oder antifaschistischen

Theoriebildung als auch in der sozialpädagogischen Praxis nicht immer Standard. Deutlich wird aber auch die Wechselwirkung zwischen der Frau und den mehr oder weniger geschulten und sich (eventuell) antirassistisch / antifaschistisch positionierenden Mitarbeiterinnen, d.h. eine Komponente der Untersuchung war die Frage des Verhaltens der extrem rechten Frau in der Einrichtung und des Umgangs mit ihr durch die Mitarbeiterinnen. Dies macht das Buch vor allem auch für die Praxis interessant. Die Erkenntnis, dass Opfer auch Täterinnen sein können, ist notwendig, um ein gewalt- und diskriminierungsfreies Miteinander und die Sicherheit der anderen Bewohnerinnen gewährleisten zu können. Auch wenn die Autorinnen zu dem Schluss kommen, dass allgemeine Regelungen nicht sinnvoll wären, ist ein Sensibilisierungsbedarf für das Thema offensichtlich.

Weitere Studien, die das Thema sowohl durch Interviews mit den betroffenen rechten Frauen, als auch die Entwicklungen in der rechten Szene und deren Ideologie berücksichtigen, wären für weitere Erkenntnisse über den Zusammenhang von häuslicher Gewalt und Rechtsextremismus dringend notwendig – für die Aufklärung, die Prävention und die Intervention, aber auch für eine feministische und antifaschistische Praxis, die sich immer noch mit den Ambivalenzen in Bezug auf Frauen in der extremen Rechten schwer tut. Insofern ist es sehr dankenswert, dass Agnes Betzler und Katrin Degen hier einen ersten Schritt in ein unerforschtes Feld gemacht haben.

Eike Sanders

Agnes Betzler, Katrin Degen: »Täterin sein und Opfer werden? Extrem rechte Frauen und häusliche Gewalt«, Marta Press, September 2016.

Gibt es einen Zusammenhang von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Neonazismus? Sowohl ein tendenziell patriarchales bis zutiefst frauenverachtendes Weltbild als auch die Befürwortung von Gewalt an sich sind zwei von mehreren Bestandteilen eines extrem rechten Weltbildes, doch ob sie sich bedingen, ist weitestgehend spekulativ. Die im September 2016 im Marta-Press-Verlag veröffentlichte Studie gibt erste Anhaltspunkte zu einer Beantwortung dieser Frage. Eine abschließende Antwort oder provokante Thesen bietet das Buch allerdings nicht. Das sollte es auch nicht, denn es ist tatsächlich die allererste wissenschaftliche Untersuchung zu diesem schwierigen Thema.

Eine Erkenntnis ist: 11 Prozent aller frauenspezifischen Zufluchtsstätten in Deutschland haben bereits Erfahrungen im Umgang mit extrem rechten Frauen, das ergab die quantitative Erhebung der Sozialpädagoginnen Agnes Betzler und Katrin Degen. Die Dunkelziffer dürfte aus verschiedenen im Buch erläuterten Gründen weitaus höher liegen. An diesen Orten werden einige derjenigen Frauen sichtbar, die einerseits Täterinnen sind - im Sinne von Trägerinnen einer extrem rechten Ideologie und Szeneangehörigkeit - und gleichzeitig als Opfer von häuslicher Gewalt Zuflucht in Frauenhäusern gesucht haben.



Kurzmeldungen

»Merkel muss weg- Mittwoch« der AfD floppt

Berlin • Seit Mitte November mobilisiert der Brandenburger AfD-Abgeordnete Franz Wiese jeden Mittwoch unter dem Motto »Merkel muss weg« zum Kanzleramt. Gegenüber Compact-TV äußerte Wiese, es ginge ihm darum, »dass diese Kanzlerdiktatorin endlich abtritt« und auch »diese sogenannten Altparteien, eigentlich müssten die jetzt weg. Es müsste jetzt ganz was neues kommen.« Bisher blieb die Resonanz sehr gering, die erste Demonstration scheiterte mit rund 45 Personen sogar an der notwendigen Mindestanzahl, um auf der Straße laufen zu dürfen. Während die Basis der AfD kaum Interesse an der Veranstaltung zeigt, fanden sich diejenigen zur Kundgebung ein, die auch sonst auf rechten Demonstrationen anzutreffen sind, darunter der Organisator der »Merkel muss weg«-Aufmärsche, Enrico Stubbe, TeilnehmerInnen von Bär-gida sowie Aktivisten der Identitären Bewegung. Der »Merkel muss weg«-Mittwoch ist ein weiterer gescheiterter Versuch, über die bisher aktiven Personenkreise hinaus neue Menschen zum »Widerstand« gegen Merkel auf die Straße zu bewegen.

Bär-gida droht mit bewaffnetem Aufstand

Berlin • Am Samstag, den 26. November 2016 fand die 100. BÄRGIDA-Demonstration statt. Bei der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor verlas MARIO vom Orgateam vor den letzten wenigen Dutzend Verbliebenen eine Erklärung, die es in sich hatte. Er berief sich erneut auf den Widerstands-Paragrafen des Grundgesetzes und forderte dazu auf, sich »ab sofort auf dem Land und in den Städten« zu organisieren und »Bürgerwehren« zu bilden, um »die Gesetzesbrecher aus ihren Parlaments- und Regierungssitzen« zu jagen. Zuvor hatte MICHAEL STÜRZENBERGER (München) seiner Islamfeindschaft wie gewohnt ungebremst freien Lauf gelassen. Ansonsten blieb das Jubiläum unspektakulär: Wie zu erwarten war, kamen nicht die großspurig angekündigten mehreren Tausend, sondern maximal 150 Teilnehmende. Auch die meisten Redebeiträge boten wenig Überraschendes.

Ende der Antifaschistischen Nachrichten

Köln • Mit der 20. Ausgabe des Jahres 2016 vermeldeten die *Antifaschistischen Nachrichten* (AN) nach über 30 Jahren ihre Einstellung. Vierzehntägig



berichtete die Zeitschrift über Aktivitäten und Entwicklungen von (extrem) rechten Strukturen, und lieferte zudem weitreichende Analysen. Dabei wurden auch Themen aufgegriffen, die von anderen Veröffentlichungen eher unberücksichtigt blieben. Der Herausgeberkreis versuchte mit der Publikation überparteilich und spektrenübergreifend gesellschaftlich zu wirken, was sich auch in der personellen Zusammensetzung widerspiegelte. Das Ende wurde u.a. damit begründet, dass antifaschistische Informationen »heute vielfach effektiver auf anderen Wegen, insbesondere [über] das Internet und soziale Netzwerke« verbreitet würden. Die schon jetzt überschaubare Zahl der antifaschistischen Publikationen verliert mit dem Ende der AN im markanten weiss-blauen Layout ein Mosaikstück und hinterlässt eine Leerstelle.

*Der AfD-MdL aus Brandenburg, Franz Wiese, mobilisiert unter dem Motto »Merkel muss weg« jeden Mittwoch zum Kanzleramt.
Bild: Kilian Behrens*

Archiv en detail Sammlung zu Korporationen

Die rechten Studentenverbindungen haben zwar spätestens mit dem Ende des Nationalsozialismus ihren Zenit überschritten, doch auch wenn sie in den letzten Jahrzehnten keine so große wahrnehmbare gesamtgesellschaftliche Relevanz entfalten konnten, sind sie aus dem rechten Spektrum nicht wegzudenken. Vor allem seit dem Aufstieg der AfD, in deren Reihen einige Mitglieder von Burschenschaften und anderen Verbindungen aktiv sind, gewinnen sie wieder zunehmend an Bedeutung.

Die Vielfalt der unterschiedlichen Organisationen ist mehr als irritierend. Neben einigen v.a. an den christlichen Konfessionen oder Studienrichtungen orientierten Verbindungen gibt es eine Reihe von explizit

rechten Zusammenhängen, die im Fokus unseres Interesses liegen und damit Teil unseres Archivbestandes sind.

Der bekannteste Dachverband ist die DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT (DB) mit seiner Quartalsschrift BURSCHENSCHAFTLICHE BLÄTTER, die immer wieder durch extrem rechte Ausfälle auf sich aufmerksam macht, wie etwa mit der Diskussion um einen sogenannten »Ariernachweis«. Aber auch die Abspaltung der DB, die NEUE DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT (NDB) interessiert uns, genauso wie die DEUTSCHE SÄNGERSCHAFT. Auch einige Ausgaben der Blätter der DEUTSCHEN GILDENSCHAFT (DG) sind bei uns zu finden. Interessant ist dieser Zusammenschluss aufgrund seiner weitreichenden personellen Über-

schneidungen zu Teilen der NEUEN RECHTEN. Aber nicht nur die Publikationen der Korporationsverbände, sondern auch so manche Stammrolle, Festschrift oder Einladung einzelner Verbindungen hat den Weg ins apabiz gefunden.

Nicht nur die Zahl der Verbände ist schwer zu überschauen. Noch unübersichtlicher wird es bei den einzelnen Burschenschaften, Corps, Turnerschaften, Landsmannschaften oder Sängerschaften. Ein Teilbereich der bisher auch von uns eher vernachlässigt wurde, sind die Damenverbindungen.

Zusätzlich befindet sich im Bestand eine Auswahl von burschenschaftskritischen Broschüren, darunter auch unsere eigene Veröffentlichung »Burschenschaften«.



Abonnieren...

...kann man den **monitor** nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, bekommt ihn kostenlos zugeschickt!

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrags möglich. Dafür erhaltet Ihr unseren Rundbrief, den **monitor**, werdet mit Informationen versorgt, könnt euch Bücher ausleihen und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

- Hiermit erteile ich dem apabiz e.v. eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ EUR (mind. 5 EUR).
- Ich habe einen Dauerauftrag eingerichtet.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (DE30 1002 0500 0003 3208 00 - Bank für Sozialwirtschaft). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

- Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit einmalig _____ EUR überwiesen.

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

IBAN: _____

Bank: _____

Email: _____

Ort und Datum: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspender)

Das Info-Paket vom apabiz e.v.

Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es unser Info-Paket:

- 5 Exemplare des **monitor** (insgesamt 5 Ausgaben)
- ein Exemplar aller **neuen Publikationen** des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

für 75 Euro im Jahr!

Wer darüber hinaus noch mehr Ausgaben des **monitor** zum Auslegen benötigt, kann diese gegen Porto kostenfrei nachbestellen.

Neu im Archiv

In dieser Rubrik geben wir einen kurzen Überblick über neue Bücher, Broschüren und andere Medien, die im Archiv ab sofort verfügbar sind.



- **FIPU (Hrsg.): Rechtsextremismus, Band 2: Prävention und politische Bildung, mandelbaum kritik & utopie, Wien 2016.**

In dem Band wird der Frage nachgegangen, welche Formen von Prävention und politischer Bildungsarbeit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegen wirken. Oftmals erfüllt politische Bildungsarbeit eine »Feuerwehrfunktion« zwischen hektischem Aktivismus und Symbolpolitik. Wie aber sollte pädagogische und politische Bildungsarbeit aussehen, damit sich auch im Grundsatz etwas ändert? Das Buch untersucht die Bereiche Schule, Offene Jugendarbeit, Gedenkstättenbesuche und thematisiert darüber hinaus die Bedeutung von sozialen Zusammenhängen und Geschlechterverhältnissen. Die meisten Beiträge beziehen sich zwar auf Österreich, können aber zum größten Teil ohne Regionalbezug gelesen werden. Im letzten Beitrag wird PEGIDA in Österreich einer Analyse unterzogen.

- **Hajo Funke: Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD – Pegida – Gewaltnetze, Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2016.**

Der Anspruch des Buches, einen schlaglichtartigen Überblick über die verschiedenen Facetten der aktuellen völkischen Bewegung zu bieten, ist gleichzeitig sein Manko. Zwar geben die Zusammenstellungen für Interessierte einen ersten Überblick über lokale Mobilisierungen sowie die Entwicklung der AfD, darüber hinaus tragen die kurzen und vielfach deskriptiv gehaltenen Kapitel jedoch kaum zu einem weiteren Erkenntnisgewinn bei. Ein Beispiel: Im Kapitel »Berlin – Bärjida, Flüchtlingsfeindlichkeit und die NPD« wird auf lediglich vier Seiten ein grober Überblick über extrem rechte Mobilisierungen der letzten Jahre gegeben. Als Verweise fungieren Daten und Analysen der taz, des apabiz, der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus sowie der Opferberatungsstellen. Dies verstärkt den Eindruck, dass die Basis des Buches neben einzelnen Texten der extremen Rechten selbst vor allem anderweitig veröffentlichte Texte darstellen. Neben der »Pegida-Bewegung« widmen sich weitere Kapitel rassistischer Gewalt, der Entwicklung der AfD und der »extremen neuen Rechten«. Eine Zusammenführung der jeweiligen Kapitel in einer übergreifenden Analyse lässt das Buch leider vermissen. Final werden Empfehlungen ausgesprochen, wie eine »Politik für ein sozialeres, demokratischeres und auf die Eindämmung der Kriege eingerichtetes Europa« in diesen Zeiten aussehen könnte.

- **Julian Bruns, Kathrin Glösel, Natascha Strobl: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. 2. aktualisierte Auflage, Unrast Verlag, Münster 2016.**

Wie die erste Auflage bietet die Aktualisierung einen guten Überblick über Ideologie, Begrifflichkeiten, Strategien und Netzwerke der IDENTITÄREN BEWEGUNG. Die Analyse konzentriert sich dabei, anders als der Titel suggeriert, vor allem auf den deutschsprachigen Raum. Hinzugekommen ist neben einer aktuellen Darstellung aktiver Gruppen und internationaler Netzwerke eine Übersicht der Entwicklungen deutschsprachiger neurechter Strömungen seit 2000. Ausführlich wird zudem die Handhabung umstrittener Begriffe wie NEUE RECHTE sowie die verwendete Faschismusdefinition reflektiert. Die Neubearbeitung liefert damit die in der ersten Version oft zu kurz gekommene historisch-ideologische Kontextualisierung sowie eine begründete Begriffsbestimmung nach. Einen tieferen Einstieg in die Debatte können die rund 300 Seiten dennoch nicht liefern. Stark bleibt die klare Positionierung für eine konstante kritische Berichterstattung, die sich einer Instrumentalisierung durch professionalisierte neurechte Öffentlichkeitsstrategien verweigert.

- **Sabine Hark, Paula-Irene Villa (Hrsg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, transcript, Bielefeld 2015.**

Die wissenschaftliche Erkenntnis, dass Geschlecht sozial konstruiert ist und es das Glück jenseits der heterosexuellen Ehe gibt, hat sich noch nicht überall durchgesetzt. Die unterschiedlichen Proteste und Diskurse gegen »post-essentialistische Sexualitäts- und Genderkonzepte« werden in diesem schon 2015 erschienenen Sammelband unter dem Schlagwort »Anti-Genderismus« zusammengefasst. Das Buch, das auch dankenswerterweise über den deutschen Tellerrand hinaus schaut, ist ein wichtiger sozial- und kulturwissenschaftlicher Beitrag zu einem sich ausbreitenden Phänomen – oder ist es eine sich formierende Bewegung? Eine Antwort darauf wie auch eine begriffliche Abgrenzung zu dem Schlagwort »Antifeminismus« liefert der Band leider nicht, aber die insgesamt 14 Artikel von unterschiedlicher Herangehensweise, Tiefe und Qualität machen den Band insgesamt empfehlenswert.